

Für ein souveränes Europa!

Warum das Konzept der strategischen europäischen Souveränität zum Leitbild grüner Europapolitik werden sollte

Die Corona-Pandemie führt uns erneut schmerzlich vor Augen, dass die Europäische Union in Krisen und Konflikten kaum handlungsfähig ist. Um das zu ändern, braucht es eine Politik der strategischen Souveränität. Dieses Konzept bietet politische Orientierung für die größten Herausforderungen unserer Zeit. Strategische europäische Souveränität sollte daher zum Leitbild für eine mutige Europapolitik von Bündnis 90/Die Grünen werden.

Schlagworte: Europäische Union, strategische europäische Souveränität, Grundsatzprogramm, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik

von Florian Kommer

Kontext

Eurokrise, Flüchtlingskrise, Coronakrise - die prägenden Einschnitte der letzten zehn Jahre haben eines gemeinsam: Anstatt schnell und entschlossen voranzugehen, reagierte die EU langsam und zerstritten. Die Mitgliedsstaaten blockierten sich gegenseitig. Diese Schwäche wissen Putin, Xi und Trump zu nutzen. Europa läuft Gefahr, zum Spielball der Großmächte zu werden.

Wer die Ohnmacht der EU überwinden möchte, braucht einen positiven Gegenentwurf - eine Erzählung, die mutig und zugleich anschlussfähig an die europäischen Debatten ist. Das Konzept der strategischen europäischen Souveränität sollte daher zum Leitbild für grüne Europapolitik werden.

Analyse

Der Begriff der Souveränität wird traditionell mit dem Nationalstaat assoziiert. Strategische Souveränität zielt jedoch nicht auf Staatlichkeit, sondern auf politische Handlungsfähigkeit ab: **Strategische europäische Souveränität meint die Fähigkeit, selbstbestimmt europäische Werte und Interessen zu verteidigen und den politischen Raum entlang dieser Werte und Interessen zu gestalten – möglichst in Kooperation, notfalls alleine.** Eine souveräne EU ist in der Lage, gemeinsame politische Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, sich gegen Einflussnahme von außen zu wehren und die globale Ordnung mitzuprägen.

Das Ziel strategischer europäischer Souveränität ist also weder Protektionismus noch ein europäischer „Superstaat“. Der Vorwurf, das Konzept sei ein Angriff auf die nationale Souveränität der Mitgliedsländer, ist ein doppelter Irrtum: (1) In einer globalisierten Welt eröffnet nur

gemeinsames europäisches Handeln den nationalen Regierungen Gestaltungsmöglichkeiten. Ohne europäische Handlungsfähigkeit wird nationale Souveränität zur Illusion. (2) Eine souveräne EU muss sich ihren Handlungsspielraum nicht von den Mitgliedsstaaten, sondern von konkurrierenden Großmächten zurückerobern.

Wie strategische europäische Souveränität konkret aussehen kann, wird anhand der wichtigsten politischen Herausforderungen unserer Zeit deutlich:

Klimapolitik: Eine souveräne EU kann beweisen, dass es gelingt, den größten Wirtschaftsraum der Welt zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Dafür bietet der European Green Deal einen guten Rahmen. Eine souveräne Energiepolitik macht uns unabhängig von autoritären Staaten wie Saudi-Arabien und Russland. Im Welthandel kann eine starke EU ökologische und soziale Regeln durchsetzen. Nur eine souveräne EU kann schnell und entschlossen handeln, um die Klimakrise aufzuhalten.

Wirtschafts- und Finanzpolitik: Im Handelsstreit treibt Donald Trump die EU mit Strafzöllen vor sich her. China kauft strategisch wichtige Unternehmen und Infrastrukturen auf. Das Iran-Abkommen – einer der größten Erfolge europäischer Diplomatie - erschläft aus Angst vor amerikanischen Sanktionen. Die EU muss Wirtschaftspolitik und Geopolitik zukünftig zusammendenken. In der Konkurrenz mit China, den USA und Russland muss sie ihren größten Trumpf spielen: den europäischen Binnenmarkt. Wie schon die Finanzkrise 2010, zeigt auch die Corona-Krise, dass wirtschaftspolitische Antworten nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn sie von der EU gemeinsam umgesetzt werden. Eine wirtschafts- und finanzpolitisch souveräne EU braucht z.B. eine gemein-

same Steuer- und Investitionspolitik, glaubhafte wirtschaftspolitische Sanktionen, konkurrenzfähige europäische Unternehmen und den Euro als internationale Leitwährung.

Digitalpolitik: Wenn Europa keine digitale Kolonie werden will, müssen wir auch im Bereich der Digitalpolitik unsere strategische Souveränität stärken. Weder der chinesische Überwachungsstaat noch der amerikanische Plattformkapitalismus taugen als Vorbild für eine europäische Digitalpolitik. Wie strategische Souveränität hier aussehen kann, zeigt die Datenschutz-Grundverordnung – ein grünes Leuchtturmprojekt, das weit über Europa hinaus Wirkung entfaltet. Auch bei digitaler Infrastruktur sollten wir technologische Abhängigkeiten verhindern. Statt Huawei oder Google könnte ein europäisches Konsortium 5G umsetzen. Eine souveräne EU kann Datensammlung und Datenschutz verknüpfen, digitale Schlüsseltechnologien schützen und Forschung und Entwicklung fördern.

Außen- und Sicherheitspolitik: Den Menschen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns fliehen, kann Europa auch fünf Jahre nach dem „Flüchtlingssommer“ kein humanes und geregeltes Schutzverfahren bieten. Gleichzeitig schaut die EU ohnmächtig zu, wie Assad und Putin in Syrien Krankenhäuser bombardieren. Wenn Europa in Zukunft seine Werte und Interessen durchsetzen will, muss die EU weltpolitikfähig werden. Sie muss glaubhaft sein und mit einer Stimme sprechen. Das erfordert unangenehme Entscheidungen. Der Vorrang von Menschenrechten und ziviler Krisenprävention ist und bleibt zu

Recht grüne DNA. Aber ohne gemeinsame militärische Kapazitäten ist jedes Machtwort gegen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen unglaubwürdig. Militärisch autonom ist die EU lange nicht; ein Bruch des transatlantischen Bündnisses ist weder realistisch noch wünschenswert. Eine starke europäische Säule innerhalb der NATO würde die strategische Souveränität Europas jedoch stützen.

Aber seien wir ehrlich: Bei 27 Mitgliedern wird es in jeder Krise, bei jedem Konflikt eine Regierung geben, die eine gemeinsame europäische Haltung blockiert. Nur das konsequente Anwenden von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen wird eine handlungsfähige EU ermöglichen. Mit Blick auf die Verträge wäre das bereits heute machbar – z.B. in der Außen- und Sicherheitspolitik, der Energiepolitik und der Steuerpolitik (vgl. Art. 31 Abs. 2 und 3 EUV i.V.m. Art. 48 Abs. 7 EUV). Diese Möglichkeiten voll auszuschöpfen und auszuweiten ist notwendige Voraussetzung für ein souveränes Europa.

Fazit

Das neue Grundsatzprogramm ist für Bündnis 90/Die Grünen eine einmalige Gelegenheit ein mutiges, umfassendes und klares europapolitisches Leitbild in die Gesellschaft zu tragen. Das Konzept der strategischen europäischen Souveränität zielt auf gemeinsame Handlungsfähigkeit ab und bietet Orientierung in stürmischen weltpolitischen Zeiten. Die Grünen sollten daher für ein souveränes Europa streiten.

Literatur:

>>> https://www.ecfr.eu/publications/summary/strategic_sovereignty_how_europe_can_regain_the_capacity_to_act

Florian Kommer, Heinrich-Böll-Stiftung

Das [Forum Neue Sicherheitspolitik](https://www.boell.de/de/forum-neue-sicherheitspolitik) der Heinrich-Böll-Stiftung wurde im November 2019 gegründet und vereint grün-nahe Expert/innen der Außen- und Sicherheitspolitik, die das 40. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Ziel des Forums ist es, den grünen und grün-nahen sicherheitspolitischen Nachwuchs zu fördern, und *mid-career* Expert/innen in Regierungsinstitutionen, Think Tanks, Forschungsinstituten und Parlament zu stärken und zu vernetzen. Die Mitglieder des Forums interagieren als unabhängige Expert/innen ohne Zwang zum Konsens und ohne Anbindung an die Partei- oder (im Falle von Mitarbeiter/innen von Regierungsinstitutionen) an die Regierungslinie. <https://www.boell.de/de/forum-neue-sicherheitspolitik>